

# Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Verbindungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ Zuschußkasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Bezugspreis für das Vierteljahr M. 2 (ohne Postgeb.) bei Zusendung unter Kreuzband M. 2,40

Herausgegeben vom Deutschen Bauarbeiterverbande Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluss des Blattes: Montag vormittag 10 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 30 Pf. für die dreispaltige Zeile oder deren Raum berechnet

## Die Sozialisierung der Baubetriebe.

III.

### Der Sozialisierungsgedanke Dr. Wagners.

Der sozialisierte Baubetrieb, wie Stadtbaurat Dr. Wagner ihn vor schlägt, schließt die Sozialisierung des Wohnungswesens und der Wohnungsherstellung in Form von Kommunalisierung oder Verstaatlichung nicht aus. Es finden den Gemeinden oder Staaten auch nach Gründung sozialisierter Baubetriebe nichts im Wege, das ganze Wohnungswesen und die ganze Wohnungsherstellung zu kommunalisieren oder zu verstaatlichen. Dr. Wagner will das allerdings nicht; er will einwirken nur den Baubetrieb, das heißt, die Ausführung der Arbeit sozialisieren. Kame jedoch der Staat, entgegen dem Wunsch Dr. Wagners, zu einer Verstaatlichung oder die Gemeinden zu einer Kommunalisierung des Wohnungswesens, so gälte es nach der Durchführung des Wagnerischen Planes die Wohnungsherstellung etwa folgendermaßen: Der private Bauherr und Hausbesitzer würde ausgeschaltet. An seine Stelle träte der Staat oder die Kommune. Diese bestimmten, was, wo und wie gebaut werden soll. Sie wären Eigentümer der Wohnungen und führten über die Bauausführung die Oberaufsicht. Die Bauarbeit selbst aber führten sie nicht aus, sondern übertrügen sie einer sozialen Baugesellschaft nach dem Plane Dr. Wagners, vorausgesetzt, daß ein solcher Betrieb leistungsfähiger wäre als private Baugesellschaften.

Die soziale Baugesellschaft führe also die Bauten für den Staat und die Gemeinden aus. Ausgeschlossen wären dabei zwei private Profitsphären: der private Bauherr beziehungsweise Hausbesitzer und der private Bauunternehmer. Würde dazu noch der Grund und Boden verstaatlicht, so fielen auch der Profit des Bodenbesitzers fort und die Grundrente käme der Allgemeinheit zugute. Würde ferner noch die Bauhofherstellung kommunalisieren oder verstaatlichen oder durch Vergenossenschaftlichung sozialisiert, so fielen auch hier die Profite der Privatunternehmer fort, der Mehrwert käme den Genossenschaftlern selbst beziehungsweise der Allgemeinheit zugute. Dies liegt jedoch, wie bereits erwähnt, nicht im Plane Dr. Wagners.

Im übrigen aber käme, wenn der Plan des Stadtbaurats Dr. Wagner voll durchgeführt würde, ein Zustand heraus, der in mancher Beziehung mit der Verstaatlichung des Bauwesens verwandt wäre und, der zum Teil noch darüber hinausginge, also herrschte in das Gebiet der Vergesellschaftung der Produktionsmittel fielen. Wir werden das in unsern weiteren Darlegungen noch sehen. Es wird sich dabei zeigen, daß Dr. Wagner einen Zustand anstrebt, in dem der Staat zum Teil seinen heutigen Funktionen bereist entsetzt ist und wo die Genossenschaft als Trägerin der gewerkschaftlichen Selbstverwaltung und gleichzeitig der wichtigsten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Funktionen an seine Stelle tritt.

Warum sich Stadtbaurat Dr. Wagner gegen die direkte Verstaatlichung oder Kommunalisierung der Baubetriebe wendet, haben wir schon bei der Besprechung seines Wortwortes erwähnt. Im dem Kapitel über den sozialisierten Baubetrieb sagt er die Gründe, die nach seiner Meinung gegen die Kommunalisierung oder Verstaatlichung der Betriebe sprechen, noch einmal in folgenden Punkten zusammen:

1. Der Baubetrieb ist im Gegensatz zum stationären Fabrikbetrieb ein instationärer Betrieb.
2. Der Baubetrieb hat sich im Gegensatz zum mittelalterlichen Betriebe stark spezialisiert. Es ist von vornherein unmöglich, sämtliche an einem Bau beteiligten handwerklichen Organisationen in einem Betriebe zusammenzufassen.
3. Der Baubetrieb ist bis zu einem gewissen Grade Saisonbetrieb, sofern er sich mit der Erstellung von Neubauten befaßt und an die jeweilige Witterung gebunden ist.
4. Der Baubetrieb verarbeitet Halb- und Fertigfabrikate und ist daher von der Lieferung mit Baumaterialien stark abhängig.

5. Der Baubetrieb hat mit einem stark wechselnden Arbeiterbestand zu rechnen (Gegenüber zwischen fluktuierenden Arbeitern und Stammarbeitern).
6. Der Baubetrieb ist hauptsächlich auf Bestellarbeit eingestellt und kann nicht wie bei andern industriellen Betrieben Vorratsproduktion betreiben.
7. Der Baubetrieb ist für seine Produktion im wesentlichen auf einen bestimmten lokalen Markt angewiesen.

Schon die Aufzählung dieser besonderen Eigenarten des Baubetriebes, sagt Dr. Wagner, ließe erkennen, daß für seine Sozialisierung die Form der Verstaatlichung oder Kommunalisierung nicht in Betracht kommen könne. Diese Organisationsform sei nur für Betriebe geeignet, deren Produktion und Absatz ein Höchstmaß von Stetigkeit und Einheit erreicht habe und deren Leistung einen schwerfälligen bürokratischen Geschäftsgang verfolge. Die Sozialisierung der Baubetriebe verlange aber eine Organisationsform, die freien Bewegungsspielraum lasse für künstlerischen, technischen und wirtschaftlichen Fortschritt, für Anpassung an wechselnde Baubehürfnisse und wechselnde Marktlagen und für ein ungehemmtes Zusammenarbeiten mit den verschiedensten Wirtschaftszweigen. Aus diesem Grunde sei eine erfolgreiche Sozialisierung der Baubetriebe abhängig von der Erfüllung folgender Grundforderungen: „a) Aufrechterhaltung der freien Konkurrenz der Betriebsunternehmungen, b) freie Bahn für die individuelle Leistung und deren Bewertung und Entlohnung.“

### Lohn- oder Akkordarbeit.

Grundlage des sozialisierten Baubetriebes, wie Dr. Wagner ihn will, ist also erstens die Ausschaltung des privaten Unternehmers, zweitens die Aufrechterhaltung der freien Konkurrenz der verschiedenen Unternehmensformen und der sozialisierten Betriebe untereinander, drittens die individuelle Bewertung der Arbeitsleistung, das heißt: die Entlohnung nicht nach der bei der Arbeit zugebrachten Zeit, sondern nach der geleisteten Arbeit.

Es ist klar, daß sich gegen diese Vorschläge sofort alle diejenigen wenden werden, die sich in letzter Zeit daran gewöhnt haben, den Lohnbezug aus einem bequemen Ersatz für die Arbeitsleistungsmessung anzusehen. Es gibt heute Leute, denen die Arbeit, das heißt die Schaffung von Werten — ohne die doch die Menschheit nicht existieren kann — völlig nebensächlich ist und die ihre Aufgabe erfüllt zu haben glauben, wenn sie ihre achtstündige Arbeitszeit in der Nähe der Arbeit verbringen. Sie stellen sich die Sozialisierung als eine Art Abschaffung der Arbeit vor und werden sich natürlich gegen jede Sozialisierung wenden, die von ihnen wirkliche Arbeit verlangt.

Aber abgesehen von diesen unsozial veranlagten Menschen, die genau wie der nichtzuernde Kapitalist auf Kosten der Arbeit anderer leben wollen, wird der dritte Vorschlag Dr. Wagners: den Arbeiter nach seiner Leistung und nicht nach der bei der Arbeit zugebrachten Zeit zu entlohnen, auch bei zahlreichen bürokratischen und sozial verlässigen Bauarbeitern auf schärfsten Widerspruch stoßen. Im Baugewerbe hat man die Akkordarbeit seit Jahrzehnten mit allen Mitteln bekämpft und hatte sie schon vor dem Kriege zum guten Teil abgeschafft. Man hat das nicht nur deshalb getan, weil den größten Vorteil von der Akkordarbeit in einem privaten Baubetriebe auf die Dauer stets der Unternehmer hat, sondern man hat sie auch bekämpft, weil durch die Akkordarbeit im Baugewerbe die Bauhölerei gefördert und die Lohngefahre erhöht wird. Durch die jahrzehntelange Kämpfe gegen die Akkordarbeit im Baugewerbe hat die Abneigung gegen dieses Arbeitssystem auch bei einem sehr großen Teil der Bauausführender und arbeitssamer Bauarbeiter so fest Wurzel gefaßt, daß es heute schwer sein wird, selbst in sozialisierten Betrieben, in denen die früheren Gründe gegen die Akkordarbeit zum guten Teil weggallen, dieses Arbeitssystem einzuführen.

Und doch scheint es uns, als ob ohne die Entlohnung auf Grund der vollbrachten Leistung zunächst — das

heißt, solange und insoweit nicht die Arbeiter aus eigenem Antrieb ihre Arbeitskraft so produktiv wie möglich anwenden — die Sozialisierung der Wirtschaft nicht durchzuführen sei. Es ist unentbehrlich, daß die Kommunalisierung oder Verstaatlichung der Baubetriebe durchzuführen ist, wenn ein Teil der Bauarbeiter die Arbeit in staatlicher oder kommunaler Regie so lebhafter sollte, wie dies heute leider bei verschiedenen staatlichen und kommunalen Arbeiten geschieht. Das kann auf die Dauer keine Gemeinde, das kann kein Staat, das kann auch keine sozialistische Gesellschaft ausfallen, und die ordentlichen und arbeitssamen Arbeiter selbst, die ja für alle kapitalistischen und proletarischen Nichtstuer mit arbeiten, die sie mit ernähren müssen, würden sich das auf die Dauer auch gar nicht gefallen lassen. Man hat das sowohl in Sowjet-Rußland wie in Sowjet-Ungarn gesehen, wo die hochgewisshen Nachhaher zur Wiedererrichtung der Akkordarbeit zurückgehen mußten, um die Arbeitsleistung zu erhöhen und die kommunistisch-hörschwelische Gesellschaft auch nur notwendig existenzfähig zu machen.

Wir sind also der Meinung: die Entlohnung auf Grund der individuellen Arbeitsleistung des einzelnen ist im sozialisierten Betriebe dann nicht nötig, wenn man es nur mit Arbeitern zu tun hat, die Lust zur Arbeit haben und die auch ohne Anreize und ohne besondere Prämien ihre Pflicht tun. Natürlich werden auch dann nicht alle Mitglieder des Betriebes gleichmäßig leistungsfähig werden können. Man kann nicht dem künstlerischen, technischen oder kaufmännischen Betriebsleiter den gleichen Lohn zahlen wie dem Maurer oder Bauhilfsarbeiter. Das wäre völlig unsozialistisch und trüge nicht zum Wollen, sondern zur Zerrüttung der Betriebe bei. Wohl aber kann man in solchen Betrieben auf die Hebung der Arbeitsleistung durch die Einführung von Prämien oder Akkordarbeit verzichten.

Wo dagegen diese Voraussetzungen fehlen, scheint uns allerdings in sozialisierten Betrieben die Entlohnung auf Grund der Arbeitsleistung und nicht der Arbeitszeit geboten. Wir sind der Meinung, daß in sozialisierten Betrieben gegen eine solche Entlohnung weit weniger einzuwenden wäre als bei kapitalistischen Unternehmen. Die Steigerung der Arbeitsleistung und der Mehrertrag der Arbeit kommt hier keinem Privatunternehmer mehr zugute, sondern den im Betriebe Beschäftigten und der Allgemeinheit. Für gute Arbeit und für ausreichenden Gehalt auch im Betriebe Tätigen wird aber in einem sozialisierten Betriebe durch die aus den Arbeitern mit bestehende und kontrollierte Betriebsverwaltung in ganz anderer Weise als im Betriebe des kapitalistischen Privatunternehmers gefordert. Das gilt sowohl für den verstaatlichten und kommunalisierten wie für den nach dem Vorschlage Dr. Wagners organisierten Baubetrieb. Im übrigen ist ja die Arbeit aller Produktionsgenossenschaften, die eine Arbeit in Bauquantum übernehmen, nichts anderes als eine bestimmte Art von Akkordarbeit.

### Die Gewerkschaft der Zukunft.

Die Soziale Baugesellschaft Dr. Wagners soll mangels anderer gesetzlicher Grundlagen zunächst eine Form annehmen, die der einer Aktiengesellschaft ähnlich ist. Träger der Gesellschaft sollen sein: 1. die Geschäftsführung mit dem örtlichen Betriebsrat; 2. der Betriebsvorstand; 3. die Baugewerkschaft.

Wir möchten hier vorweg bemerken, daß Dr. Wagner unter Baugewerkschaft nicht unsere Bauarbeiterorganisationen in ihrer heutigen Zusammensetzung versteht. Wie er sich die Umwandlung der heutigen Organisationen zur künftigen Baugewerkschaft denkt, geht aus seiner Schrift nicht klar hervor. Aus einer persönlichen Unterredung mit ihm wissen wir aber, daß Dr. Wagner, im Gegensatz zu manchen Kollegen in unsern eigenen Reihen, eine bewußtstandmäßige Betrachtung der Arbeiter gegenüber den Auftraggebern und der Allgemeinheit auch nach der völligen Durchführung des Sozialismus für nötig hält. Er ist jedoch der Meinung, daß sich die Form der heutigen Gewerkschaften wesentlich



Die Schulen werden nur zur Hälfte besetzt, die Industrie nicht einmal zur Hälfte, der Eisenbahnbetrieb ist auf 50 pSt. eingeschränkt, die Seefischerei ist uns durch die Friedensbedingungen fast ganz genommen, die Binnen-schiffahrt ist außerordentlich eingeschränkt, die Gas- und Elektrizitätswerke haben 14 bis 20 Sperrstunden pro Tag eingeführt. Und doch fehlt es an Kohlen, um auch nur diesem eingeschränkten Bedarf genügen zu können. Dabei erreicht aber die Förderung im Ruhrrevier nach amtlichen Feststellungen und die Hälfte der Friedensförderung, ähnlich wird es auch in andern Revieren sein. Verloren haben wir nur das Saarrevier; dies hat aber für die Vorkriegsverorgung des reichsfeindlichen Deutschlands nie große Bedeutung gehabt. Soweit es Kohlen nach Süddeutschland geliefert hat, ist diese Lieferung durch Zufahren von Gas-kohle und Stolz aus Westfalen und nach Niederhain wieder weitgemacht worden. Wo bleiben denn doch die Kohlen? Wir haben den Eindruck, daß die Kohlenversorgung Deutschlands durch heimliche Maßnahmen gehindert wird, und daß die Sabotage von unten daran viel weniger Schuld trägt als die von oben. Lebensfähig könnte es nicht schlimmer ausfallen, wenn man in den oberen Kreislagen gründlich aufgeräumt und statt der wohlhabenden und angeblich allein fahverdienfähigen Geheimräte lauter Reueigenen einsetzte hätte. Eins ist klar: Es mangelt an gewissen Stellen nicht an guten Köpfen, aber an der Organisation des Grob-triebes. Und um den eigenen bösen Willen über die eigene Unfähigkeit zu verdecken, müssen die Arbeiter herbeigeholt werden. Wir erfahren durch unsere politische Presse, wie schied es unter dem bolschewistischen Regime in Rußland um die Industrie bestellt ist. Aber die guten Leute übersehen ganz, daß unsere Industrie auf dem Wege ist, ohne bolschewistische Regime zu russischen Zuständen zu kommen. Vielleicht ist dieses das Ziel mancher Reaktionsäre, weil auch sie hoffen, nach einem noch größeren Niedergang wieder ihre Herrschaft errichten zu können. Auf alle Fälle muß uns die Art, wie man gegen bestimmte Arbeitergruppen Verbrechen begeht, sehr mißtraulich machen. Wir würden sehr erfreut sein, wenn von amtlicher Seite eine glaubwürdige Aufklärung der Umstände folgen könnte. Aber die Regierung darf sich nicht darüber umbären, wenn ihre eigenen Erklärungen schon jetzt mit ungläubigen Hoffschülern betrafft werden; denn die Unmöglichkeit spielt in unserm öffentlichen Leben eine verheerende Rolle.

Die Münchner Tragödie.

Unter diesem Titel ist soeben im Verlag der „Freiheit“, Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19, eine Broschüre über Entstehung, Verlauf und Zusammenbruch der Münchner Räterepublik in München erschienen (62 Seiten, Preis 1,20). Es werden in ihr diese Dinge von Standpunkt der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei aus geschildert. Dabei legt es gelegentlich ganz klare Seitenhiebe für die Münchner Kommunisten und etwas stärkere für die Reichsparteiorgane ab. Aber im großen und ganzen bemüht sich der Verfasser, die beiden Parteien gegenüber wenigstens insoweit objektiv zu sein, als dies von seinem Partei Standpunkt aus möglich ist. Dies freilich nur, um seine eigenen Haß und Wut gegen die Militarisierung und Konzentration, dem gerade die Münchner Unabhängigen und Kommunisten selber aber auch große Teile der Reichsparteiorgane durch ihr sinnloses Vergehen im Frühjahr zu Stadt und Außen verholten haben. Die Schrift läßt es dahingestellt, ob wirklich, wie verichert werde, auf reaktionärer Seite der jehulische Plan bestand, eine übertriebene Revolution zu provozieren. Wenn man aber die Schrift liest, verstärkt sich der Eindruck, daß tatsächlich die Münchner Revolutionäre reaktionären Kreisen in die Falle gegangen sind. Man bekommt weiter den Eindruck, daß in München bei den Revolutionären ein ungläubiger Wirrwarr bestanden hat, ein fortgesetztes Gegeneinander der einzelnen Personen und Gruppen. Die Münchner Räterevolution war eine Revolution der Gefühlsregung und der Willkür. Modeste Demagogen bezamen getreulich das Volk in die Hand und riefen ganze reiche Arbeiter ins Verderben. Erster, die verdammte der Arbeiterbewegung ganz unbesonnen waren, nutzten die Arbeiter für ihre Zwecke aus. Die Schrift deutet das zwar nur ganz, aber doch deutlich erkennbar an.

Die Wahrheit gebietet die Feststellung — so heißt es auf Seite 60 —, daß auch auf der andern Seite nicht immer nur sachliche Erwägungen, sondern oftmals auch persönliche das Eintreten für die Räterepublik herbeigeführt haben. Dadurch haben viele in der Arbeiterbewegung völlig unerschrocken und unerschrocken die Rolle spielen können, während trotz des empfindlichen, die sachliche Arbeit kennenden Mangels an erfahrenen, kenntnisreichen Führern manche Personen beiseite stehen mußten, die durch ihre bisherige Wirken in der Arbeiterbewegung ebenso ihre Eignung wie ihre Vertrauenswürdigkeit bewiesen hatten. Es mußten denn erst große Mißgriffe, Vertrauensbrüche und die Uneinigkeit der Führer kommen, ehe sich die Einsicht in Anerkennung verschaffen konnte, daß nur die sachliche Befähigung und der laute Charakter, nicht aber Redegewandtheit und Knippsprach-schicklichkeit Voraussetzung für die Befähigung von Führern sein müssen.

Man kann nur staunen über die Bereitwilligkeit, mit der ungläubige Münchner Arbeiter solchen Streben und Demagogen folgten, staunen darüber, mit welcher Bereit-

willigkeit sie ihr Blut und ihr Leben opferten, um die Demokratie, die Herrschaft des Volkes zu befestigen und unter dem Kommando der Diktatur des Proletariats allerlei mehr oder minder zweifelhafte Elemente zur Herrschaft zu bringen. Sie kämpften nach ihrer Meinung gegen den Militarismus und beschworen in Willigkeit durch ihr Verhalten die Diktatur des Militarismus heraus. Sie begriffen nicht, daß sich die große Masse des Volkes auf die Dauer nicht von einigen Idealisten und einer Handvoll Streben terrorisieren lassen werde, auch dann nicht, wenn hinter diesen Personen eine mehr oder minder große Zahl von Betriebsräten und Asten (Arden) standen. Jetzt beklagt sich der Verfasser der Broschüre, daß die Militärischen über ihren Sieg triumphieren und daß das Münchner und das bayerische Volk ebendies die Militäristen als Befreier begrüßt.

Die Freude der Militäris ist groß — heißt es da — nachdem sie schon geglaubt hatten, abtreten zu müssen von der Bildfläche, sich jetzt wieder in ganzer Größe und allem Glanz zeigen lassen zu können. Wer staßelmitragender, handgranatenbewaffneter, scharer Weisgardist, der hat die öffentliche Achtung und die Liebe der Frauenvwelt. Weder dazugehörigen äußert, die nicht in Einflang stehen mit denen der Militärgewalt, der ist Gesindel, Welschweil und gehört glatt an die Wand gestellt.

Wenn wirklich die Masse der Münchner Bevölkerung so dämlich, wie es hier dargestellt wird, so wäre das nur ein Beweis dafür, daß sich die Herrschaft aus der Mächtigkeits und Empathie und die Liebe der Bevölkerung noch weniger zu verschaffen gewußt haben, als die Militäristen allen Schlags, die wenigstens formell die Demokratie noch befehlen ließen. Wenn die Münchner Arbeiter den Preisern der Diktatur und Feinden der demokratischen Volksfreiheit vorübergehend in großen Scharen folgten, so nur, weil diese bei den Arbeitern Hoffnung zu erwecken, die zu erfüllen sie niemals in der Lage waren. Auch das gibt übrigens die Broschüre zu. Die Anhänger der Räteregierung, sagt sie, hätten in den kritischen Tagen nicht geprüft, ob ein einzelner wirtschaftlich unselbständiger Bundesstaat überhaupt in der Lage sei, auch ohne die Leberbindung anderer Schwiegereltern, die durch einen fast fünf-jährigen verlorbenen Krieg geschlossene allgemeine Not und Entbehrung zu heiligen oder auch nur wesentlich zu mildern, sondern sie ermedeten unbedacht in den Köpfen der Massen Hoffnungen, deren Nichterfüllung in kürzester Zeit heftige Enttäuschungen zur Folge hatte.

Die Schrift des unabhängigen Verlages kann dazu beitragen, daß die Arbeiter sich aus gemachten Fehlern fern. Sie ist — trotz ihrer entgegengesetzten Tendenz — für jeden, der sie unvoreingenommen, aber denkend liest, eine schwere Anlage gegen die verbrecherische Dummheit derer, die durch ihre Diktaturbestrebungen und die verurteilte Unterdrückung des Volkswillens auf neue die Diktatur der Militäristen herauszubringen. Wir können dem Verfasser der Broschüre nur zustimmen, wenn er in seinem Schlußkapitel sagt:

„Ihre Schicksal man den auf den vorübergehenden Mächtern geeigneten äußeren Verlauf der Entstehung und der Tätigkeit der Räterepublik in München, so drängt sich einem eine weitere Erkenntnis auf: sie hat dem Proletariat eine schwere Niederlage beigebracht, deren Gegenrevolution ist. Tatsächlich ist diese Erkenntnis jetzt nach dem Zusammenbruch der Räterepublik in der Arbeiterklasse allgemein, trotzdem die durch die brutale Militärdiktatur, die Schredensherrschaft der mitgewordenen Soldateska und das Wüten der Standgerichte erzeugte anfängliche Erschaffung der Arbeiterkraft Münchens bereits Anfang Juli vollkommen überwunden war.“

Es wäre erfreulich, wenn die hier behauptete Erkenntnis überall bestünde.

Die Wiederaufbauverhandlungen in Versailles.

Die Verhandlungen, betreffend den Wiederaufbau Nordfrankreichs, haben bis jetzt nicht zum Abschluß gebracht werden können. Alles, was in der Presse über die bisherige Verhandlungsgang der Arbeiten mitgeteilt wird, bezieht auf mühsamer Kombination. Kollege Silberstein, der mit der deutschen Verhandlungskommission am 20. August nach Versailles gefahren war, ist am 31. August nach Berlin zurückgekehrt, ohne daß es in der Zwischenzeit auch nur zu einer Aussprache mit der französischen Regierung oder den Vertretern des französischen Bauarbeiterverbandes gekommen wäre. Kollege Silberstein hat den Eindruck gewonnen, daß die Franzosen selbst in der Wiederaufbaufrage so uneinig sind, daß aus diesem Grunde die eingeleiteten Verhandlungen nicht zum Abschluß gebracht werden können. Wir werden, sobald sich etwas über den Fortschritt über das Ergebnis der Verhandlungen sagen läßt, sofort darüber berichten. Einleitend warnen wir unsere Kollegen, auf irgendwelche Pressenmeldungen, die nicht von uns oder von amtlichen Stellen ausgehen, gineinzulassen. Vorstich ist insbesondere auch gegenüber den Meldungen eines sogenannten „Vollarbeitsamtes“ gehalten, das sich in letzter Zeit gebildet hat und das angeblich aus Berliner Unabhängigen und Kommunisten besteht. Dieses „Vollarbeitsamt“ erweckt mit seinen bombastischen Bekanntmachungen den Eindruck, als ob es eine amtliche Einrichtung wäre, was natürlich keineswegs der Fall ist.

Die wirtschaftliche Betriebsführung im Baugewerbe.

Je mehr wir uns mit der Sozialisierung des Baugewerbes beschäftigen, um so mehr gewinnt auch für uns Bauarbeiter die Frage der wirtschaftlichen Betriebsführung im Baugewerbe an Bedeutung. Die wirtschaftliche Betriebsführung soll den Zweck haben, durch die weitestgehende Verbesserung der Arbeitsmethoden und Vereinfachung der Arbeitsvorgänge die Ertragsfähigkeit der Arbeit zu steigern, ohne daß dadurch eine größere Ausbeutung der Arbeitskraft stattfindet. Das Ziel ist — oder muß wenigstens sein: durch möglichst große Ersparung an Arbeitskraft eine Verbilligung der Baukosten herbeizuführen, oder was dasselbe ist: bei Anwendung der bisher üblichen Arbeitskraft mehr wirtschaftliche Werte als heute zu schaffen.

In Berlin ist nun im Juli dieses Jahres eine Forschungs-gesellschaft für wirtschaftliche Betriebsführung gegründet worden, und zwar im Einbunde mit dem Reichskommissariat für das Wohnungswesen und wesentlich im Hinblick auf die kommenden Bauarbeiten im Lande und in den benachbarten feindlichen Gebieten. Die Gesellschaft will die Arbeitsvorgänge im Bauwesen im weitesten Sinne auf ihre Wirtschaftlichkeit hin auf wissenschaftliche Grundlage untersuchen und die wirtschaftliche Betriebsführung fördern. Nach dem uns vorliegenden Satzungsentwurf können Mitglieder der Gesellschaft „alle Interessierten des Bauwesens, ebenso auch technisch gebildete oder auch dem Bauwesen nahestehende Personen“ sein. Organe der Gesellschaft sind der Vorstand, der Arbeitsausschuß, der Geschäftsführer und die Mitgliederversammlung. Der Arbeitsausschuß ist die wichtigste Körperschaft; er hat die Aufgabe zu erfüllen, die die Gesellschaft als ihren Zweck angibt, das heißt, er hat die eigentlichen Forschungen zu betreiben. Als Mitglieder des Arbeitsausschusses kann der Vorstand auch Personen berufen, die bisher nicht Mitglieder der Gesellschaft waren.

In der Satzung der Forschungs-gesellschaft ist die Mitgliedschaft von Arbeitern oder Arbeiterorganisationen nicht ausdrücklich vorgeesehen. Die Gründer der Gesellschaft dürften aber wohl kaum darüber im Zweifel sein, daß ohne verständnisvolle Mitwirkung der Arbeiter alle ihre Bemühungen ergebnislos sein und bleiben werden. Nur mit Hilfe der Arbeiter ist die wissenschaftliche Betriebsführung im Baugewerbe praktisch zu fördern. Wir begrüßen die Gründung einer Forschungs-gesellschaft, weil wir den Wunsch haben, daß alles geprüft werden möge, was dazu beitragen kann, den Bauarbeitern ihre Arbeit zu erleichtern und die Ertragsfähigkeit der Arbeit ohne gleichzeitige Vergrößerung der Ausbeutung zu steigern; aber wir wünschen, daß die Organisationen der Bauarbeiter in dieser Gesellschaft den ihnen zukommenden Einfluß bekommen.

Der Gesetzentwurf über Betriebsräte.

In der Nr. 20 des „Grundstein“ brachten wir bereits einen Gesetzentwurf über Betriebsräte, der jedoch inzwischen in wesentlichen Teilen abgeändert wurde. Am 9. August hat nun die Regierung den abgeänderten Entwurf im Reichsanzeiger veröffentlicht und der Reichstag hat am 16. August nach einigen Änderungen dem Entwurf seine Zustimmung erteilt. Auch der Reichstag hat sich schon mit dem Gesetz befaßt. Die Zeit bis zum Wiederauftritt des Reichstages wird nun von allen Interessenten eifrig benutzt werden, um die Abgeordneten in ihrem Sinne zu bearbeiten.

Der neue Entwurf enthält gegenüber dem früheren verschiedene Verbesserungen. Er verlangt die Wahl von Betriebsräten für alle Betriebe mit mindestens 20 Arbeitern oder Angestellten; bei weniger als 20 Arbeitnehmern, mindestens aber 3, ist ein Betriebsrat zu wählen. Ausgenommen von der Geltung des Gesetzes sollen die Betriebe der See- und Binnen-schiffahrt sein, ferner Betriebe, deren Natur der Wahl oder Tätigkeit eines Betriebsrates besondere Schwierigkeiten entgegenstellt, wenn für diese Betriebe auf Grund eines als allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrages eine andere Vertretung der Arbeitnehmer besteht. Der Betriebsrat soll in Betrieben bis zu 49 Arbeitnehmern aus 3, in Betrieben mit 50 bis 99 Arbeitnehmern aus 5 Personen bestehen. In Betrieben mit 100 bis 999 Arbeitnehmern kommt auf jedes 100, in Betrieben mit 1000 und mehr Arbeitnehmern auf je 500 ein weiterer Vertreter. Die Höchstzahl der Betriebsratsmitglieder ist 20. Arbeiter und Angestellte bilden einen gemeinsamen Betriebsrat, doch läßt jede Gruppe entsprechend ihrem Zahlenverhältnis ihre eigenen Vertreter und erledigt ihre ausführenden Angelegenheiten in der eigenen Gruppe. Betriebe mit mehr als 300 Arbeitnehmern, die sich in mehrere Abteilungen gliedern, können für jede Abteilung mit mindestens 100 Arbeitnehmern einen Abteilungs-betriebsrat bilden. Die Abteilungs-betriebsräte wählen aus ihrer Mitte für jedes angefangene Laufjahr in der Abteilung beschäftigter Arbeitnehmer einen Vertreter für einen Gesamtbetriebsrat. Ein solcher kann auch gewählt werden, wenn sich innerhalb einer Gemeinde oder wirtschaftlich zusammengehörender Gemeinden mehrere gleichartige oder zusammengehörige Betriebe in einer Hand befinden oder dem gleichen Dienstzweig einer öffentlichen Körperschaft angehören, und weiterhin, sofern der Arbeitgeber zustimmt auch dann, wenn diese Betriebe nicht in der gleichen oder in wirtschaftlich zusammengehörenden Gemeinden gelegen sind.

Diese Bestimmungen geben uns Veranlassung, hier sündgemäß das zu wiederholen, was wir schon früher



### Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauarbeiterverbände.

Bestellungsresultat vom 25. August.

Obwohl der Bericht Königberg leider nicht berichtet hat, dürfte das Ergebnis sich einwandfrei stellen können, da Königberg in den vorhergehenden Wochen nur einige Arbeitslose hatte. Von 376 631 erfassten Mitgliedern waren 5812 oder 1,54 vom Hundert arbeitslos gegen 1,55 am 18. August. Eine geringe Zunahme weisen die Bezirke Stettin, Breslau und Leipzig auf. Sie wird mehr als ausgeglichen durch eine Abnahme in den Bezirken Berlin, Frankfurt, Köln und Hamburg.

Bezirk	In den bestehenden Vereinen		In den bestehenden Vereinen waren am Bestimmungstage arbeitslos	
	angestellt	arbeitslos	Wörter	Prozent
Königberg	27	—	—	—
Bromberg	21	21 6156	72	125 55
Stettin	73	73 8311	2	67 62
Breslau	62	62 22974	101	75 42
Berlin	73	73 35471	249	501 483 81
Magdeburg	51	51 19830	2	5 6
Frankfurt	48	48 248	—	—
Köln	16	16 22317	321	241 269 9
Darmstadt	15	15 10359	27	86 10 47
Dortmund	12	12 21308	1	1
Dammsdorf	43	43 20224	81	21 25
Bremen	30	30 12150	56	44 81
Hamburg	68	68 1890	588	150 18 82
Hildesheim	60	60 6290	17	31 18
Dresden	14	14 21144	132	11 900 4
Leipzig	63	63 33383	307	381 416 14
Hannover	21	21 18353	104	41 259 2
Wien	34	34 22547	91	41 117 8
Saarbrücken	28	28 1783	28	12 9
Sachsen	18	18 21736	41	12 54 9
Zusammen	769	769 742 576 531 3055	2265 2453	139 408 75 76 396 5812

Zeit eingetretener Feuerung um 25 pSt. einen Stundenlohn von 1,40 zu geben. In dieses Angebot begünstigte für Schutt mit der Anlage des Berufes. Der Bezirksleiter Müller erklärte das Angebot als das, was es ist: „Eine Verhöhnung der Arbeiterkraft“ und erklärte, daß auf diese Weise die Herren wohl nicht zu belehren seien. Hier müßte die Arbeiterkraft härtere Saiten aufziehen. Zwar erklärte die Arbeitgeber, ihr Angebot sei schlüssig (wohl nach unten, S. 3), gab aber kein anderes Angebot ab. Unter diesen Umständen konnte ein Vertrag selbstverständlich nicht abgeschlossen werden. Die Arbeitgeber erklärten, daß das Hauptanliegen zur Entscheidung angerufen werden solle.

**Magdeburg.** Am 25. August hat hier eine Verhandlung mit den Arbeitgebern für das Baugewerbe stattgefunden. Die Arbeitgeber boten an Feuerungszulage 7 1/2 pSt. Von der Verhandlungskommission wurde darauf hingewiesen, daß dieses Angebot unannehmbar sei. Nach langem Hin und Her einigte man sich dahin, daß vom 22. August an der Lohn für Maurer 2,25 und für Hilfsarbeiter 2,15 die Stunde beträgt. Der Lohn für Stein- und Klinkerleger ist um 20 pSt. höher als im Juli. Die Lohnsteigerung beträgt demnach 25 pSt. die Stunde. Am 27. August beschäftigte sich mit dem Verhandlungsergebnis eine Versammlung unserer Kollegen. Mitglieder gab den Bericht. In der Versammlung kam zum Ausdruck, daß das Entgegenkommen der Arbeitgeber nicht als großmütig anzusehen sei, man hätte in dieser kurzen Zeit mehr erwartet. Nach einer ausgedehnten Diskussion nahm aber die Versammlung das Angebot an.

**Münster (Sager).** Am 26. August hielt unser Verein eine Mitgliederversammlung ab, die glockreich besetzt war. Bezüglich wurde zunächst über die Forderung einer Feuerungszulage. Da auch von der Regierung Münster zur Kasse der Orte mit besonders teuren Verhältnissen gemacht wird, so ist die Forderung einer Feuerungszulage berechtigt. Kollege Wumle stellte den Antrag, eine Zulage von 10 pSt. zum Stundenlohn zu fordern. Nach eingehender Aussprache wurde beschlossen. In die Verhandlungskommission wurden die Kollegen Wumle, Wenzel und Koppel gewählt. Ein Antrag des Kollegen Gau, sich mit den anderen örtlichen Arbeiterorganisationen zu einem Gewerkschaftsartikel zu vereinigen, wurde angenommen, da es nötig ist, die allen Arbeitern gemeinsamen Angelegenheiten, besonders die Regelung des Herbergsdienstes, zu fördern.

**Suhltau.** In einer am 22. August tagenden gutbesuchten Mitgliederversammlung gab Kollege Kleiner den Bericht über die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband wegen Erlangung einer Feuerungszulage für die Arbeiter des allgemeinen Baugewerbes. Die Verhandlungen gestalteten sich äußerst schwierig. Der Arbeitgeberverband zeigte anfänglich sehr wenig Neigung, die Wünsche der Bauarbeiter nur annähernd zu befriedigen. Als am 21. August die Vereinsleitung dem Arbeitgeberverband die Forderungen unterbreitete, boten uns die Unternehmer 15 pSt. Zulage für die Stunde. Dieses Angebot wurde als unannehmbar bezeichnet und von den Vertretern des Bezirksvereins das Ersuchen an den Arbeitgeberverband gestellt, die Verhandlungen andernfalls weiterzuführen. Diesem Ansuchen gab der Arbeitgeberverband statt. Am 22. August schloß die Unternehmer ihr Angebot auf 20 pSt. für die Stunde. Auch diesem Angebot stimmten unsere Vertreter nicht zu; der Arbeitgeberverband erklärte aber, daß dies das alleräußerste Zugeständnis wäre. Unsere Verhandlungskommission wählte sich an das Arbeitsministerium mit der Bitte, vermittelnd einzuschreiten. Demnach mußten sich die Unternehmer zu einem weiteren Zugeständnis bequemen, und zwar wurde vorgeschlagen: ab 15. August 30 pSt. und ab 1. Oktober weitere 10 pSt. Zulage pro Stunde. Dies Angebot empfahl der Vorstand der Versammlung zur Annahme. Nach längerer und zum Teil sehr heftiger Debatte schloß die Versammlung mit Zweidrittelmehrheit dem Angebot zugestimmt. Der Stundenlohn für gelernte Berufsleute steigt sich somit auf 2,40 und der der Ungelernten auf 2,30. Von einigen Rednern wurde zum Ausdruck gebracht, daß es höchste Zeit sei, mit dem Wüsten der Lohnminderungen und ganz besonders der Preise für Arbeitsgegenstände zu beginnen. Nur durch einen planmäßigen Abbau dieser Bedarfsartikel können bessere Zustände für die Bauarbeiter geschaffen werden.

### Unsere Arbeitsvermittlung im Juni.

Dem Reichsarbeitsämteramt sind 16 Nachweise und die Centralstelle angeschloffen. Selbst hat nicht berichtet. Ueberblick über die Vermittlungstätigkeit.

Im Monat Juni	Wörter		Wörter		Wörter		Wörter	
	angefordert	vermittelt	angefordert	vermittelt	angefordert	vermittelt	angefordert	vermittelt
wurden angefordert	378	220	9	41	2	11	980	2
vermittelt.	277	175	9	41	1	11	975	2

Von den 948 angeforderten Arbeitsstellen konnten 792 vermittelt werden; das sind 83,95 auf je 100 angeforderte. Die Vermittlung verteilt sich auf die einzelnen Branchen wie folgt: Es wurden vermittelt auf je 100 angeforderte Maurer 73,38, Bauhilfsarbeiter 75,54, Betonarbeiter 100, Sackträger und Puffer 100, Klinkerleger 100, Isolierer und Steinholzer 100, Gerbarbeiter 95,21, sonstige Arbeiter 100.

### Weshalb sinkt die deutsche Wänta immer tiefer?

Deutsche Auslandswechsel (Devisen) und deutsches Papiergeld (Wänta, heißt Wert des Geldes) sind nun bereits unter 25 pSt. des früheren Wertes gesunken, das heißt wir bekommen im neutralen und feindlichen Ausland für unsere Mark keine 25 pSt. mehr; dagegen bezahle wir für fremde Devisen und Papiergeld viermal mehr als vor dem Kriege. Wie geht dies zu und nicht viel anders; das ist eine der Ursachen, aber auch nur eine. 1913 führten wir

rund 80 Millionen Tonnen Waren aus und fast genau soviel ein. Wir bekamen für die 80 Millionen Tonnen Waren rund 10 Milliarden Mark und mußten für die eingeführten Waren fast genau soviel bezahlen. Im August 1919 kostete uns die Tonne ausländischer Weizen rund 1600, das ist rund zehnmal mehr als 1913. 1 Pfund Speck kostete uns 15 oder rund fünfzehnmal mehr als 1913, 1 Pfund Schmalz kostete uns 14 oder rund vierzehnmal mehr als 1913, 1 Pfund Reis kostete uns 4,80 oder rund fünfmal mehr als 1913. Kurz, wir zahlen für die eingeführten Waren mehr als zehnmal soviel als vor dem Kriege, und führten nur 80 Millionen Tonnen ein, kosteten uns aber 100 Milliarden Mark, anstatt 10 Milliarden.

1919 lautet in Deutschland z. B. eine Konventionalschreibmaschine M 1200 oder rund viermal mehr als vor dem Kriege. Eine Tonne Kohlen kostete uns 80 ab Grube, anstatt 20, also auch viermal mehr. Kurz, die Waren, die wir ausführen, bringen uns rund viermal mehr als vor dem Kriege, und wenn wir 80 Millionen Tonnen ausführen, erhalten wir vom Ausland 40 Milliarden Mark, anstatt 10 Milliarden. Können wir also das selbe Quantum aus und ein, dann setzen wir jährlich 60 Milliarden zu.

Die Wirtschaft ist so weiter, dann müßte es gerade ein Wunder geben, wenn wir nicht in kurzer Zeit bankrott sind. 80 Millionen Tonnen Waren werden wir unbedingt jährlich brauchen, weil uns alles fehlt. Wir werden aber außerstand sein, 80 Millionen Tonnen auszuführen. Was wir ausführen, das verschleppen wir abends ein. Wir müssen laut Friedensvertrag allein 40 Millionen Tonnen Waren an Frankreich, Italien und Belgien liefern. Wir dürfen dafür nicht mehr nehmen, als deutsche Einwohner bezahlen. Verlaufen wir die Tonne zu 80, bekommen wir 3200 Millionen Mark dafür. Nehmen wir aber 200 für die Tonne, also zehnmal mehr als im Frieden, erhalten wir 8000 Millionen Mark, das sind 4800 Millionen Mark mehr als für die Kosten, die wir zu liefern haben. Steigern wir den Inlandspreis auf das Zehn- bis Fünfzigfache des Friedenspreises, erhalten wir schon für die Waren, die wir laut Friedensvertrag liefern müssen, etwas 10 Milliarden Mark mehr als vor nach den heutigen Preisen bekommen werden.

Die Löhne der Arbeiter sind heute fast überall so niedrig, bekommen die Arbeiter nicht die geforderte Lohnsteigerung, dann streiken sie, wodurch die Produktion herabgesetzt wird, was zu höheren Preisen führt. Das ist hier aber nicht die Arbeiter schuld, sondern die, die die Lohnsteigerung verhindern. A. u. g. Friedr. Sch.

### „Die Diktatur der Gewerkschaften“.

Der Kollege Georg Fröhlich, Köln, schreibt uns: „Die Republik“, ein Blatt, das der Zeitschriftung der Gewerkschaften, sein Diktator, bedauerlicherweise seiner Zeitschriftungsstätigkeit sein Leben freiließ, trat sich darüber auf, daß sich die Gewerkschaften ihrer Zeit wehren. Das Blatt bekennt sich zwar zu dem Beschlusse des Parteitag der USF: „Nicht durch den Ausbruch aus ihrer Unterwerfung, sondern durch unsere Revolution, unterhalb derselben werden die Gewerkschaften auf den Boden der Revolution gebracht, in Wesen und Inhalt grundlegend umgewandelt, so daß sie nicht nur die Diktatur der Arbeiter, sondern die Diktatur der Arbeiter sind, sondern die Diktatur der Arbeiter sind.“

Wir haben nach wie vor auf dem Standpunkt: für ein Gewerbe oder einen Beruf eine Organisation! Wir bedauern sehr, daß in allen Gewerben oder Berufen noch immer eine Anzahl Gewerkschaften in Betracht kommen. Wenn wir heute außer den freien Gewerkschaften immer noch christliche Gewerkschaften, Kirch- und Berufsvereine, Gewerkschaften usw. haben, so ist das zu bedauern, aber im Augenblick nicht zu ändern, es ist aber schon bedauerlich, daß diese Vorgänge die Zeitschriftung der Kräfte noch befehle, dann ist es geradezu Verrat an der Arbeiterkraft, noch neue Zeitschriftungsorganisationen zu gründen und dadurch die Gewerkschaften dem Kampf überlassen zu lassen, was ihnen schon vorher geschehen ist. Nicht Zeitschriftung ist das Gebot der Stunde. Dies gebietet uns auch heute noch der Umstand, daß wir einem Unternehmertum gegenüberstehen, dessen wirtschaftliche Organisationen selbstgeschaffen gegen die Arbeiterkraft haben. Auf diese Organisationen ist es notwendig, ihnen wieder politische noch religiöse Gegenkräfte entgegenzusetzen. Es mußte es auch bei der Arbeiterkraft sein. Können die „christlichen“ und „kirchlichen“ Gewerkschaften ihre Diktaturberechtigung auch nicht nachweisen, so kann ihnen wenigstens zugestanden werden, daß sie Weltanschauungen vertreten, die uns ins Feld führen können. Was aber zu sagen wir: kann die neue Zeitschriftungsorganisation, deren sich als verfohlte Institut die „Republik“ so liebevoll gegen unsere „Terrorismus“ annimmt, für ihre Existenzberechtigung aufweisen? Dieser sogenannte allgemeine Arbeiterverband, der seinen Status entsprechend abweichend von diesen als Arbeiterverband wurde, kann seine Gründung weder durch wirtschaftlich-politische noch religiöse Notwendigkeiten begründen. Er bedarf daher

### Berichte.

**Bezirk Bremen.** Auch auf dem kleinen Festland (Siegland) ist es unsern Kollegen gelungen, sich selbst zu organisieren. Die Wirkung dieses erfreulichen Erfolges zeigte sich sofort bei der Durchführung der Lohnforderung wie auch bei der Verbesserung sonstiger Arbeitsrechte. Doch die Schrittmacher der Reaktion laßen sich auch nicht mühen. Als angelegte Kommunikation laßen sie auf und bestanden es, einen Teil der jungen Mitglieder des Bauarbeiterverbandes diesem wieder abzugeben zu lassen. Nicht nur aus Angst, sondern auch recht jung in der Organisation sind diese Verführer und Weiser, die letzten Endes nicht wissen, wie großen Schaden sie der Arbeiterkraft zufügen. Ihre Gründe sind 1. Der Beitrag ist zu hoch, viel höher als bei den Kommunisten; 2. der Verbandsoberhaupt in Hamburg hat im vergangenen Winter einen Streik in Bremen dadurch glücklich gemacht, daß er von Hamburg aus Streikführer nach Bremen sandte. Also Argumente, die bei vielen unerschlagenen Kollegen durchschlagen. Ob das wahr ist oder nicht, danach fragt Jugend und Unerschlagenheit nicht. Der erste Grund heißt wohl, daß man es wirklich auf gewerkschaftlichem Gebiet mit sehr jungen Leuten zu tun hat, und daß der zweite von A bis Z erlogen ist, wird jeder, der etwas nachdenken kann, wissen. Es wäre ebenbürtig sehr viel auch im vergangenen Winter selbst einem Bericht über den Streik, um die Beziehung zu diesen Leuten, Leute zu Streikführern zu finden, geschweize denn, diese nach dem in ständiger revolutionärer Erschütterung lebenden Bremen auf eine bestimmte Baustelle zu bringen. Nun gar erst der Verbandsoberhaupt. Abgesehen davon, daß in Bremen im vergangenen Winter weder ein Streik noch irgendeine Gefahr bestand. Die Kommunisten, die mit bezahligen Mitteln arbeiten, müssen wenig Vertrauen zu der Arbeiterkraft ihrer Gewerkschaft haben.

**Annaberg.** Der Unternehmer F. Hoffe aus Grottenborn will den Arbeitslag verlängern und läßt 9 Stunden arbeiten. Obwohl es ihnen von der Vereinsleitung in Annaberg verboten wurde, arbeiten dort 28 Mann weiter 9 Stunden und unterschrieben sogar eine Eingabe des Arbeitgeber an das Ministerium, um die Verlängerung der Arbeitszeit zu erreichen. Eine Bauarbeitervereinbarung beurteilt das Gebaren der Leute auf das schärfste, warnte vor Wiederholung und beschloß, das unzulässige Verhalten der Grottenborfer öffentlich zu brandmarken.

**Mattholitz.** (Ziefbaugewerbe.) Am 2. September fanden in C o i e i h Verhandlungen zweier wichtiger Einzelverträge für das Ziefbaugewerbe statt. Die Arbeitergeber hatten sich zur Vertretung ihrer Rechte ihren Syndikus aus Weimar kommen lassen. Die Arbeiterorganisationen stellten Forderungen, die auf die bisherige Forderung des Ziefbaugewerbes in Oberhessen Rücksicht nahmen. Sie gingen von dem Grundlohn, wonach den Ziefbauarbeitern derselbe Lohn gezahlt werden soll wie den Bauhilfsarbeitern im Bauhandwerk, ab und erklärten sich mit einem Lohn von 10 pSt. die Stunde unter dem Doppelarbeiterlohn einverstanden. Früher hatten die oberhessischen Ziefbauunternehmer ihre Arbeiter von Galizien und Polen bezogen, mit denen sie machen konnten, was sie wollten. In der Verhandlung wurden diese Arbeiter nicht als Menschen mit deutschen Arbeitern zu arbeiten. Sie können sich an die neuen Verhältnisse immer noch nicht gewöhnen. Während sie vor 3 Monaten bei den ersten Verhandlungen einen Stundenlohn von 1,55 boten, bezahle sie jetzt die Freiheit, die Arbeiter zu verdrängen und trotz der seit dieser





unterstützen, indem Arbeitsangebote abgelehnt werden. Besonders die Statutaire der Firma Wölschler erlauben wir, keine Arbeiten der Holzfabrikation...

Duisburg. Am 1. September sind die Holzwerker im rheinisch-westfälischen Industriegebiet in Zeiltsfeld eingetroffen. Für Duisburg kommen die Firmen: Deutsche Holz-Gesellschaft und Carlisle & Schulte in Betracht...

Essen. Seit dem 29. August haben die hiesigen Holzwerker im Streit, um eine Lohnerschöpfung durchzuführen, die jedoch an dem Starbrenn der Unternehmer scheiterten. Es wird gebeten, Zugang fernzulegen.

Vom Bau.

Amberg. Am Neubau Anger in Höchstädt am 23. August auf noch unangelegter Weise ein Dachgeder mit seiner Leiter ab und verlegte sich dabei selbst. Das Unglück geschah, nachdem die übrigen Bauarbeiter die Arbeitstelle schon verlassen hatten.

Chemnitz. Als großes Hindernis wird es in Chemnitz empfunden, daß die Bautätigkeit fast ganz stillsteht. Um dem abzuhelfen und um auch die Entscheidung über die staatlichen Bauförderungsmittel nicht erst abzuwarten...

Die Bauwirtschaft in Chemnitz wird es in Chemnitz empfunden, daß die Bautätigkeit fast ganz stillsteht. Um dem abzuhelfen und um auch die Entscheidung über die staatlichen Bauförderungsmittel nicht erst abzuwarten...

Die Bauwirtschaft in Chemnitz wird es in Chemnitz empfunden, daß die Bautätigkeit fast ganz stillsteht. Um dem abzuhelfen und um auch die Entscheidung über die staatlichen Bauförderungsmittel nicht erst abzuwarten...

Die Bauwirtschaft in Chemnitz wird es in Chemnitz empfunden, daß die Bautätigkeit fast ganz stillsteht. Um dem abzuhelfen und um auch die Entscheidung über die staatlichen Bauförderungsmittel nicht erst abzuwarten...

Die Bauwirtschaft in Chemnitz wird es in Chemnitz empfunden, daß die Bautätigkeit fast ganz stillsteht. Um dem abzuhelfen und um auch die Entscheidung über die staatlichen Bauförderungsmittel nicht erst abzuwarten...

Die Bauwirtschaft in Chemnitz wird es in Chemnitz empfunden, daß die Bautätigkeit fast ganz stillsteht. Um dem abzuhelfen und um auch die Entscheidung über die staatlichen Bauförderungsmittel nicht erst abzuwarten...

gestüßt, wo er am nächsten Tage starb. Nachdem nun der Kollege sein Leben hat opfern müssen, ist der Grabhügel vor-schriftsmäßig angelegt worden, wofür konnte man an dieser Baustelle nur den Abbau durch Untergräben...

Berchtesgaden von Baustoffen. Die 'Ländliche Rundschau' berichtete am 12. August, daß am Kalste bei Stalberg-Müdersdorf in kurzer Zeit ein ganzes Dorf errichtet worden ist. Das wäre in dieser Zeit, in der viel erzwungen und wenig getan wird, ein sehr erfreuliches Zeichen...

Der Kalkmangel. Neben Ziegeln und Zement fehlt es dem Baugewerbe zumeist am Kalk. Der Deutsche Kalkbund hat schon vor Wochen mitgeteilt, daß diesem Mangel nur dann einzigermaßen abgeholfen werden könnte...

Der Kalkmangel. Neben Ziegeln und Zement fehlt es dem Baugewerbe zumeist am Kalk. Der Deutsche Kalkbund hat schon vor Wochen mitgeteilt, daß diesem Mangel nur dann einzigermaßen abgeholfen werden könnte...

Der Kalkmangel. Neben Ziegeln und Zement fehlt es dem Baugewerbe zumeist am Kalk. Der Deutsche Kalkbund hat schon vor Wochen mitgeteilt, daß diesem Mangel nur dann einzigermaßen abgeholfen werden könnte...

Der Kalkmangel. Neben Ziegeln und Zement fehlt es dem Baugewerbe zumeist am Kalk. Der Deutsche Kalkbund hat schon vor Wochen mitgeteilt, daß diesem Mangel nur dann einzigermaßen abgeholfen werden könnte...

Der Kalkmangel. Neben Ziegeln und Zement fehlt es dem Baugewerbe zumeist am Kalk. Der Deutsche Kalkbund hat schon vor Wochen mitgeteilt, daß diesem Mangel nur dann einzigermaßen abgeholfen werden könnte...

Der Kalkmangel. Neben Ziegeln und Zement fehlt es dem Baugewerbe zumeist am Kalk. Der Deutsche Kalkbund hat schon vor Wochen mitgeteilt, daß diesem Mangel nur dann einzigermaßen abgeholfen werden könnte...

landwirtschaftlicher und forstwirtschaftlicher Art. Nach den ihnen zugewiesenen Aufgaben haben die Wohnungsausschüsse ebenfalls als Organ der Volkswirtschaftspolitik im eigentlichen Sinne zu gelten und sollen als Folge der Wohnungswesen betreffenden Fragen beratend, fördernd, aufklärend und anregend wirken. In diesem Sinne sind sie vor allem berufen, die ordnungsmäßige Durchführung der Wohnungsaufträge, insbesondere der Wohnungsvorbereitungen, zu überwachen und bei der Durchführung praktisch mitzuwirken...

Wilde Baugenossenschaftsgründungen. Der Reichsverband deutscher Baugenossenschaften schreibt: Es beruht jetzt kein Tag, an dem nicht ein Dutzend neue Baugenossenschaften gegründet werden. Die weitausbreitete, an manchen Orten geradezu beängstigende Wohnungsnot läßt es er-zwingen, daß immer wieder in großer Zahl neue Baugenossenschaften gegründet werden...

Die Verwirklichung der Baustoffe.

Der Reichsausschuss für das Wohnungswesen erließ am 18. Juli an die Bezirkswohnungsausschüsse, Demobilisierungsausschüsse u. a. ein Rundschreiben, in dem es heißt:

Die verfügbaren Mengen an Baustoffen reichen nicht aus, um die Durchführung der Baustoffbeschaffung zu planen und durch die Genüherung von Lieferungsverhältnissen finanziert sind, zu sichern. Es besteht daher die Gefahr, daß die Inangriffnahme neuer Siedlungsarbeiten die Herbeiführung der bereits begonnenen, für die vorangehenden Baustoffe kaum ausreichenden, zeitlich gestaffelten Hilfe kann nur dadurch geschaffen werden, daß die dem Bezirkswohnungsausschüssen, deren Baustoffbeschaffungsstelle bisher bereits die Ziegelbewirtschaftung anvertraut ist, sich ein klares Bild über die von Monat zu Monat verfügbaren Bestände an Baustoffen verschaffen...

Unter der allerdings nicht sicheren Voraussetzung, daß Stoffe für Baugewerke in mindestens dem gleichen Maße bereitgestellt werden kann wie bisher, muß erstrebt werden, für die Ziegelversorgung jedes Wirtschaftsbereichs ein zuverlässiges Bild der monatlichen Erzeugung an Mauersteinen zu erhalten. Diese Überlicht ist auch auf die Ziegelleisten auszuweiten, die im Landbau und auf dem Wasserwege liefert werden und von denen ebenfalls ein zuverlässiges Bild der Ziegelerzeugung genommen werden muß. Der ausfallgebende Grundgedanke bei allen Maßnahmen muß der sein, auf die höchstreichbare Differenz der Ziegelerzeugung hinzuwirken. Dabei wird es möglich sein, einen allmählichen Abbau der Ziegelleisten Betriebe, die billige Ziegel und Ziegelleisten liefern, möglichst umfassend durchzuführen, um wirtschaftliche Betriebe von der Holzleiste abzugeben und schließlich auch von der Ziegelleiste abzugeben gemacht wird, gemäß § 8 des Gesetzes vom 10. August 1918, geltendgemacht auf dem alljährlichen Grundtag, in Betrieb zu setzen, die in der Lage sind, besonders billige, für den Kleinwohnungsbau geeignete Ziegel zu liefern.

Bei der Bewirtschaftung von Kalk und Zement liegen die Verhältnisse insofern weniger einfach, als die



